

Dlke 2 24

Korrekturen mit Answ. Amt

Aktennotiz

über das Gespräch im erweiterten Kreis am 24.4.1990
im Auswärtigen Amt Bonn

Teilnehmer BRD:

Außenminister Genscher
Staatssekretäre Sudhoff
Kastrup
...
...

Teilnehmer DDR:

Außenminister Meckel
Staatssekretär Dr. Misselwitz
Herr von Braunmühl
Herr Saffier

Beide Minister stellten übereinstimmend fest, daß die derzeit wichtigste Aufgabe der beiden deutschen Regierungen die Vereinigung beider Staaten ist.

Minister Meckel wies im Gespräch darauf hin, daß es aber nicht nur um die quantitative Vergrößerung der Bundesrepublik und Westeuropas gehe, sondern um eine gesamteuropäische qualitativ gute Lösung.

Minister Genscher verwies darauf, daß es bei der Schaffung der Einheit auch um mehr Stabilität in Europa gehe.

Auch über dann notwendige gesamtdeutsche Wahlen zur Legitimation der neuen Gesamtregierung war man sich einig.

Für die Durchführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ergeben sich folgende äußere Aspekte:

- Anpassung und Integrierung in das europäische Währungssystem
- handelspolitische Verpflichtungen der DDR müssen aufgelistet werden
- sicherheits- und handelspolitische Interessen der Sowjetunion und Polen gilt es, deutlicher aufzuzeigen.

Für die Problematik der sicherheits- und handelspolitischen Interessen der UdSSR gilt es, folgende Fakten und deren Lösungsvorschläge schnell zu erarbeiten:

- Höhe und Art der sowjetischen Guthaben in der DDR (evtl. Umtausch?)
- gibt es Anteile an DDR-Betrieben

- wie hoch sind die Kosten für die in der DDR stationierten Sowjettruppen (Miete, Verpflegung, andere Kosten und finanzielle Vergütungen)
- welche Finanzierungsquellen gibt es für den oben genannten Punkt
- welche vertraglichen Vereinbarungen sichern die sowjetischen Truppen ab?

Zur Klärung dieser Probleme wollen beide Minister eine bilaterale Kommission einsetzen.

Nach Erarbeitung von Lösungsvorschlägen sollte gegenüber der UdSSR Gesprächsbereitschaft zum Ausdruck gebracht werden, um eine trilaterale Expertenkommission zu schaffen.

Zur polnischen Problematik äußerten sich beide Minister wie folgt:

Meckel:

- Bei Besuch sehr freundschaftliche und offene Atmosphäre
- es gab keine generellen Bedenken gegen die Vereinigung
- rechtes Potential in beiden deutschen Staaten beunruhigt die polnische Seite
- die polnischen Wirtschaftsinteressen müssen berücksichtigt werden
- der bisherige Jugendaustausch müßte auf trilaterale Kontakte erweitert werden
- das Wohlstandsgefälle der Polen gegenüber der DDR wird größer
- die Zoll- und Reiseverkehrsbestimmungen sollten bis spätestens Sommer 90 großzügiger gestaltet werden.

Genscher:

- Je ein Vertreter sollte noch vor dem 5.5. Verbindung mit polnischen Ansprechpartnern im Außenministerium aufnehmen
- ein trilaterales Außenministertreffen könnte einen ideologischen Vorlauf schaffen
- Anfrage nach Entwurf des polnisch-deutschen Grenzvertrages.

Meckel:

- Entwurf soll schon bald von polnischer Seite vorgelegt werden.

Beide Minister stimmten der Teilnahme Polens, im Punkt des Grenzvertrages, bei den 2+4-Verhandlungen zu.

Anschließend erfolgte ein Argumentationsaustausch über den Anschluß nach Art. 23 GG.

Meckel:

- Verfassungsrechtlich ein sehr günstiger Weg
- nach gleichberechtigtem und partnerschaftlichem Aushandeln der Übergangsbestimmungen geht dieser Weg
- die Beitrittsbedingungen müssen vertraglich geregelt werden.

Genscher:

- Dieser Artikel ist nach Regulierung der äußeren Verpflichtung eigentlich nur eine innerdeutsche Angelegenheit
- die Präambel muß verändert werden
- Artikel 2 Abs. 2 GG wird gestrichen
- Artikel 146 und 23 GG wird gestrichen
- zur Geschwindigkeit dieses Prozesses sagte er:
 - Abarbeitung der äußeren Aspekte bis zum KSZE-Gipfel
 - der KSZE-Gipfel wäre dann eine gesamteuropäische Absegnung der Vereinigung
 - die inneren Aspekte werden sich nach dem 1. Juli (Währungsunion) sicher verändern
 - auf die DDR-Regierung wird sicher starker Druck wirken, wenn es ihr nicht gelingt, soziale Härten zu vermeiden
 - in der Bundesrepublik wird sich die Diskussion über die Kosten der Vereinigung sicher schädlich für den Prozeß auswirken
 - aus diesen Gründen dürfe der Prozeß nicht verzögert werden.

Meckel:

- Qualität darf aber trotzdem nicht leiden
- es muß intensiv gearbeitet werden.

Beide Minister vereinbarten, daß das nächste Treffen nach dem 5. Mai in Berlin stattfinden soll.

Ebenfalls fand man Übereinstimmung, daß die deutsch-deutsche Kommission der Außenminister folgende Unterkommissionen haben sollte:

- Personalfragen
- EG-Problematik
- KSZE-Sicherheitsprozeß

- UNO, internationale Verbindung
- Absicherung der äußeren Problematik (Botschaften u.ä.).

Auf dem Gebiet der Kultur sollten gemeinsame Veranstaltungen in den internationalen Kulturzentren stattfinden.

Zur KSZE-Problematik wurde sich wie folgt geäußert:

- 2+4, Wiener Abrüstungsverhandlungen und der KSZE-Gipfel sind die wesentlichen Stationen zur Lösung der Sicherheitsfragen über Gesamtdeutschland
- die Vorbereitung müßte bald anlaufen
- eine Auflistung von Institutionen, wie Umweltkommission, Außenministerkonferenz, Gesamteuropäische Rechtssprechung u.ä., sollte angedacht werden
- Wiener Verhandlungen werden sicher auch deutsche Fragen berühren.

Auf die Frage von Minister Meckel, ob Gesamtdeutschland atomwaffenfrei werden sollte, antwortete Minister Genscher, daß Gesamtdeutschland auf Erwerb, Herstellung und Besitz von ABC-Waffen verzichten sollte.

Über die EG-Problematik wurden folgende Aussagen getroffen: Die Anpassung des EG-Rechts sollte durch die entsprechenden Kommissionen eingeleitet werden. Dazu wird eine deutsch-deutsche Beteiligung wichtig sein.

Über die parlamentarische Mitbestimmung der DDR-Gebiete in der EG sah Minister Genscher z.Z. noch keinen Weg vor den Neuwahlen zum Europäischen Parlament.

Am Ende dieses Gespräches wurde über die Aussagen auf der anschließenden Pressekonferenz gesprochen.

Das Gespräch verlief in sehr sachlicher Atmosphäre.

gez. Holger Saffier